



Thema: attac,

URL: http://derstandard.at/200003481098/Landfriedensbruch-in-Reformgruppe-kein-Thema

User Newsletter Mobil Radio Zeitung Über uns Sales anmelden Wetter Wien

derStandard.at > Inland > Staat & Justiz

International Inland Wirtschaft Web Sport Panorama Etat Kultur Wissenschaft Gesundheit Bildung Reisen Lifestyle Familie

"Landfriedensbruch" in Reformgruppe kein Thema

24. Juli 2014, 12:32

Justizministerium: Diskussion über gesetzliche Bestimmung erst nach Vorliegen der Reformgruppen-Ergebnisse im Herbst

Wien - Der umstrittene Paragraf im Strafrecht über den "Landfriedensbruch" ist in der Reformgruppe zum Strafrecht kein Thema. Das sagte Christian Pilnacek, Sektionschef im Justizministerium, am Donnerstag. Er verwies aber darauf, dass der Paragraf im Herbst wohl Thema werden dürfte: "Nach Vorliegen des Berichtes wird ohnedies eine breite politische Diskussion stattfinden", so Pilnacek.

Aus "Zeitgründen" noch nicht besprochen


Der Paragraf (§274 StGB) sei "aus Zeitgründen" in der Reformgruppe (die bis Herbst ihre Ergebnisse vorlegen wird) bisher nicht konkret besprochen worden - und wird auch nicht mehr angesprochen, wie der Sektionschef sagte, der in der Expertengruppe als Leiter fungiert. Er verwies darauf, dass es seitens der Oppositionsparteien aber auch der SPÖ bereits "entsprechende Initiativen im Nationalrat" gebe, daher werde im Herbst "sicher eine Diskussion stattfinden".

Ein Sprecher des Justizressorts betonte, dass sich die Ressortführung in die Arbeit der Expertengruppe keinesfalls einmischen werde, diese arbeite "ohne Zuruf" von Justizminister Wolfgang Brandstetter (ÖVP). Man werde sicher nicht einzelne Reformen angehen, bevor der Bericht der Gruppe vorliege, sagte der Minister-Sprecher. Auch er betonte, dass es im Rahmen der gesamten Strafrechts-Reform auch eine Diskussion über den umstrittenen Paragrafen geben werde. Die Strafrechts-Reform soll bis 2015 beschlossen werden, geplant ist u. a., das seit langem kritisierte Ungleichgewicht von Strafen für Delikte gegen Leib und Leben gegenüber Vermögensdelikten zu verringern.


Kritik nach Verurteilung von Josef S.

Die Gesetzesbestimmung des "Landfriedensbruchs" stand zuletzt in Kritik, nachdem der 23-jährige deutsche Student Josef S., der am 24. Jänner 2014 an der Demonstration gegen den Akademikerball teilgenommen hatte, am Dienstag (nicht rechtskräftig) wegen Landfriedensbruchs, versuchter schwerer Körperverletzung und schwerer Sachbeschädigung zu zwölf Monaten Haft, davon vier unbeding, verurteilt worden war. Im Strafgesetzbuch beschreibt der Paragraf 274 den Tatbestand als wissentliches Teilnehmen an einer "Zusammenrottung", die auf Mord, Totschlag, Körperverletzung oder schwere Sachbeschädigung abzielt. Das Strafmaß ist mit zwei bzw. drei Jahren bemessen, je nachdem, ob "führend" an der "Zusammenrottung" teilgenommen wurde.


Kritik am Urteil gegen Josef S. kam am Donnerstag von der globalisierungskritischen NGO Attac, die sich "schockiert" zeigte. Das Urteil stehe "in der Tradition von Prozessen wie jenen gegen die Refugees und die TierschützerInnen". Mit "Gummiparagraphen" (wie dem Mafiaparagraphen §278 und dem Landfriedensbruch-Paragraphen §274) würden "progressive Bewegungen und nun auch einzelne Personen mit Prozessen überhäuft", so Attac. Besonders "beklemmend" sei im jüngsten Fall, dass Josef S. "aufgrund eines einzelnen, sich widersprechenden Zeugen verurteilt wurde". (APA, 24.7.2014)

Pflegende Angehörige sollen erben [262]
 Aber kein Pflichtteil für pflegende Angehörige - Wohngruppen statt U-Haft für Jugendliche


"Landfriedensbruch" in Reformgruppe kein Thema

GENERALPROKURATUR
Pleischl: "Die Staatsanwälte haben einen Klotz am Bein" [100]
 Der neue Leiter der Generalprokuratorur über Reformen und warum er nach einer Weisung keinen Schlaf mehr finden konnte


Verhetzungsparagraf:
 Justizminister kann sich höhere Strafen vorstellen [73]
 Brandstetter plädiert auch für Aufklärungsunterricht in den Schulen

KOPF DES TAGES
 Professor, Parteimitglied, Präsident: Rudolf Thienel [24]



GEGEN TERROR UND SPIONAGE
 Staatsschutz will ein eigenes Gesetz [132]
 Innenministerin Mikl-Leitner will das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung mit einem eigenen Gesetz stärken. Damit sollen unter anderem Spionageabwehr und die Überwachung von radikalisierten Bürgern neu geregelt werden


JUSTIZ
Nur wenige Verhetzungsverfahren landen vor Gericht [292]
 Die Zahl der Anzeigen steigt, aber weniger Fälle werden angeklagt - Kritik am Paragrafen

BIS 2015
Mikl-Leitner will Aufgaben des Staatsschutzes diskutieren [45]
 Ministerin plant neues Gesetz bis Sommer 2015 - Verweis auf neue Gefahren wie "Foreign Fighters" und Wirtschaftsspionage

Richtervereinigung: Werner Zinkl zum dritten Mal Präsident [14]
 Zwei neue Vizepräsidenten: Sabine Matejka und Gernot Kanduth

Familiengerichtshilfe ab Juli an allen Bezirksgerichten verfügbar [10]
 Rund 190 Mitarbeiter sollen sich um einvernehmliche Lösungen bemühen

STRAFE STATT THERAPIE
Immer mehr kranke Täter werden weggesperrt [496]
 In Österreich werden Täter oft wegen geringer Straftaten jahrelang eingesperrt, wenn eine psychische Krankheit attestiert wird

JUSTIZ
Fast zwei Dutzend Weisungen - und so viele Meinungen zur Reform [69]
 23-mal wurde der Weiserrat des Justizministers im ersten Halbjahr befasst, womöglich landet auch die Causa Mölzer dort

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag



Thema: attac,

URL: http://derstandard.at/2000003481098/Landfriedensbruch-in-Reformgruppe-kein-Thema



Feedback  

[derStandard.at/Inland auf Facebook](#)

[Inland Newsletter abonnieren](#)

Posten Sie als Erste(r) Ihre Meinung

Die Kommentare von Usern und Userinnen geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Kommentare, welche straf- oder zivilrechtliche Normen verletzen, den guten Sitten widersprechen oder sonst dem Ansehen des Mediums zuwiderlaufen (**siehe ausführliche Forenregeln**), zu entfernen. Der/Die Benutzer/in kann diesfalls keine Ansprüche stellen. Weiters behält sich die derStandard.at GmbH vor, Schadenersatzansprüche geltend zu machen und strafrechtlich relevante Tatbestände zur Anzeige zu bringen.

© derStandard.at GmbH 2014

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

[Impressum & Offenlegung](#)
[Datenschutzrichtlinie](#)

[derStandard.at](#) · [dieStandard.at](#) · [daStandard.at](#) · [derStandardDigital.at](#) · [FINDEN.at](#) · [AUTOGOTT.AT](#)

Viele "Heimlichkeitsdelikte" und kaum politisches Gehör [8]

Experten zufolge könnte die Dauer von Korruptionsverfahren wesentlich verkürzt werden. Zumindest wenn man das wolle. Woran es hapere, seien rasche Rechtshilfe und Engagement der Politik

POSTEN

Pliesch neuer Chef der Generalprokuratur [32]



Leitungsposten war seit Anfang 2013 vakant - weitere Rochaden folgen

BLINDER VERWALTUNGSRICHTER "Justitia hat ja auch die Augen verbunden" [75]



Blinde könnten nicht Richter werden, hieß es in Österreich bislang: Dennoch hat sich Gerhard

Höllner fürs Amt am Verwaltungsgericht qualifiziert

STRAFPROZESS NEU

Doch keine Haft ohne Gerichtsverhandlung [27]

Brandstetter schwächt Entwurf beim Mandatsverfahren ab - "Verfahrensökonomie etwas zu stark im Vordergrund gestanden"

Richterbestellungen: "Die Auswahl passt - die Optik nicht" [35]



Richtervertreter Werner Zinkl kritisiert die Besetzung des neuen Verwaltungsgerichts

DATENSCHUTZ

Vorratsdatenspeicherung: Verfassungsgerichtshof setzt Verfahren im Juni fort [5]

Auswirkungen der EuGH-Entscheidung werden geprüft

BESETZUNGEN AM VERWALTUNGSGERICHTSHOF

Alle neuen Richter ernannt [19]
Bundespräsident Fischer unterschrieb Liste mit 80 neuen Richtern - Nur zwei Kabinettsmitglieder darunter

STAATSVETRAG

Justizminister feierte "Tag des Rechts" [3]

Vor 59 Jahren wurde der Staatsvertrag unterzeichnet - Brandstetter: Rechtsstaatlichkeit keine Selbstverständlichkeit

JUSTIZ

Jugend-anwaltschaft von Ministeriumsvorschlag überrascht [4]

Das Justizministerium will die Kinder- und Jugend-anwaltschaft bei Festnahmen von Jugendlichen hinzuziehen - Anwältin Pinterits: Verbesserungen auch ohne großen finanziellen Aufwand

RICHTER

Reform der Strafprozessordnung: Gerichtspräsident skeptisch [1]

Friedrich Forsthuber, Chef des Wiener Straflandesgerichts, ist nicht sicher, ob durch ein Zeitlimit für Staatsanwälte die Verfahren schneller würden

STUDIE

Jugendstrafvollzug: Drohungen und "Watschen" durch Wachpersonal [1]

Studie des Boltzmann-Instituts - Zwei Jahre lang wurden Insassen befragt

KONGRESS

Fischer: "Verfassungsgericht ist kein überirdisches Wesen" [5]

32 Präsidenten von Verfassungsgerichten und Europäischen Gerichtshöfen am Montag in Wiener Hofburg

STRAFVOLLZUG

Ex-Justizbeamter: "Man hat

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Thema: attac,

URL: <http://derstandard.at/2000003481098/Landfriedensbruch-in-Reformgruppe-kein-Thema>



Jugendgerichtshof personell absaufen lassen" [151]



Die Auflösung des Jugendgerichtshofs sei ein Fehler gewesen, beklagt jener ehemalige Justizbeamte, der dies damals hätte umsetzen sollen, sich aber geweigert hat